

20. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 14. Februar 1951.

221/J

A n f r a g e

der Abg. H o n n e r und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend die Ausweisung volksdeutscher Arbeiter und Arbeiterinnen
aus dem Gebiet der Republik Österreich.

Die in Österreich lebenden werktätigen Volksdeutschen haben in ihrer großen Mehrheit die Hoffnung^{en} der österreichischen Arbeiterfeinde enttäuscht, welche glaubten, sie nicht nur für ihr Kesseltreiben gegen die Volksdemokratien, sondern auch als Streikbrecher in ihrem Kampf gegen die österreichische Arbeiterschaft mißbrauchen zu können.

Besonders klar trat die Solidarität der volksdeutschen Arbeiter mit der österreichischen Arbeiterschaft in den Tagen der Kämpfe und Streiks gegen den 4. Lohn- und Preisakt im September - Oktober v. J. in Erscheinung. Damals streikten in Oberösterreich, in der Steiermark, in Wien und in Niederösterreich die volksdeutschen mit ihren österreichischen Arbeitskollegen.

Diese solidarische Haltung der volksdeutschen Werktätigen veranlaßte die Autoren des 4. Lohn- und Preisaktes und andere Scharfmacher der Reaktion, gegenüber den volksdeutschen Arbeitern das Mittel der Erpressung anzuwenden, indem sie ihnen mit der Ausweisung drohten.

Als Antwort auf diesen Erpressungsversuch nahm eine vom Komitee antifaschistischer und fortschrittlicher Volksdeutscher im November v. J. einberufene Versammlung volksdeutscher Arbeiter in Wien eine Resolution an, in welcher sie die österreichischen Arbeiter der Solidarität der volksdeutschen Arbeiter trotz allen Drohungen und Einschüchterungsversuchen neuerdings versicherten. Diese Resolution wurde von allen Versammlungsteilnehmern unterzeichnet und dem Innenministerium eingeschickt.

Nun erhalten jene Volksdeutschen, die die Resolution unterschrieben haben, und mancherorts auch jene, die nur gestreikt haben, Ausweisungsbescheide, Aufenthaltsverbote, Widerrufungen von Aufenthaltsbewilligungen der österreichischen Sicherheitsbehörden.

Die Begründung der Ausweisungen * bisher sind fast hundert erlassen worden - ist überall die gleiche, nämlich: Solidarität mit den Arbeitern! Mit diesen Ausweisungen dokumentiert also der sozialistische Innenminister Österreichs, daß in der vielgerühmten österreichischen Demokratie die Solidarität der Werktätigen mit Ausweisung, Aufhebung des Asylrechtes bestraft wird.

Während ausländische Parasiten und Spekulanten, politische Gangster, Spione und Verschwörer sich auf österreichischem Boden frei bewegen und ihrem dunklen Gewerbe ungehindert nachgehen können, während sich solche Parasiten, Spekulanten, Gangster, Spione und Verschwörer über Nacht in österreichische Staatsbürger verwandeln, sollen werktätige Volksdeutsche - so will es der sozialistische Innenminister offenbar - nur dann in Österreich leben und arbeiten dürfen, wenn sie bereit sind, ihren Arbeitskollegen in den Rücken zu fallen!

21. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorr spendenz. 14. Februar 1951.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit, alle Aufenthaltsverbote (Widerrufungen von Aufenthaltsbewilligungen, Ausweisungen) gegen volksdeutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, die wegen ihrer Solidarität mit den streikenden Arbeitern erlassen wurden, zurückzuziehen und die Erlassung weiterer solcher Ausweisungen einzustellen?

-.-.-.-.-.-